
Protokoll der öffentlichen Gemeinderatssitzung
Vom Mittwoch, 19.05.2021

- Beginn: 18:00 Uhr
- Ende: 20:44 Uhr
- Ort: Video-Konferenz, GoTo-Meeting
- Anwesend: Bürgermeisterin Eßwein und 16 Gemeinderäte
Alexander Dauser
Felix Fauser
Rosemarie Gaiser
Elias Hinderberger
Inge März
Bettina Mayer
Dr. Jens Mayer
Monika Offenloch
Harald Pfitzer
Benedikt Podhorny
Ulrich Schuler
Martin Schurr
Klaus Vogel
Julia Windschüttl
Matthias Wieland
Sebastian Weiler
- Abwesend: Melanie Kaim - entschuldigt
Birgitta Kleinschmidt - entschuldigt
- Sonstige: Fabian Beißwenger, künftiger Hauptamtsleiter
- Teilnehmer: Friedrich Lange, Kämmerer
Wolfgang Siedle, Bau- und Ordnungsamtsleiter
Volker Grahn, techn. Bauamtsleiter
Stefanie Kruger, Praktikantin
- Schriftführer: Stefanie Kruger, Praktikantin
- Pressevertreter: Anke Schwörer-Haag, Gmünder Tagespost
Marcus Menzel, Rems-Zeitung

**Beratungspunkte der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom
Mittwoch, den 19.05.2021**

- 1 Erweiterung und Aufstockung der Kindertagesstätte „Lämmle“ –
Vergabe von Bauleistungen –
 - a. Gewerk Heizung
 - b. Gewerk Lüftung**GR-DS 22/2021**

- 2 Aufstellungsbeschluss Baugebiet „Wasserfall-Ost“
GR-DS 31/2021

- 3 Neuabschluss des Kommunalvertrags über die Lieferung elektrischer
Energie mit der EnBW Ostwürttemberg DonauRies AG
GR- DS 30/2021

- 4 Radverbindung Schwäbisch Gmünd – Mutlangen
- Sachstand / Kooperation mit der Stadt Schwäbisch Gmünd
GR-DS 25/2021

- 5 Kanalinnensanierung im Gemeindegebiet 2021 – Auftragsvergabe
GR-DS 27/2021

- 6 Bekanntgaben und Verschiedenes

- 7 Anfragen der Mitglieder des Gemeinderats

Zur Beurkundung:

Vorsitzende:

Schriftführer:

Gemeinderat Dauser:

Gemeinderat Fauser:

Gemeinderätin Gaiser:

Gemeinderat Hinderberger:

Gemeinderätin Kaim:

Gemeinderätin Kleinschmidt:

Gemeinderätin März:

Gemeinderätin Mayer:

Gemeinderat Dr. Mayer:

Gemeinderätin Offenloch:

Gemeinderat Pfitzer:

Gemeinderat Podhorny:

Gemeinderat Schurr:

Gemeinderat Schuler:

Gemeinderat Vogel:

Gemeinderat Weiler:

Gemeinderat Wieland:

Gemeinderätin Windschüttl:

BMin Eßwein eröffnet die digitale Sitzung des Gemeinderats und begrüßt die Damen und Herren des Gremiums sowie die Bürgerinnen und Bürger im MutlangerForum, die per Live-Übertragung die Sitzung verfolgen. Durch die zeitgleiche Übertragung von Bild und Ton im MutlangerForum sei der Grundsatz der Öffentlichkeit gewahrt. Sie hofft, dass die Inzidenz weiter sinke, sodass im Juni wieder eine Sitzung in Präsenz stattfinden könne.

§ 1

Erweiterung und Aufstockung der Kindertagesstätte „Lämmle“ – Vergabe von Bauleistungen – a.) Gewerk Heizung b.) Gewerk Lüftung

BMin Eßwein führt ins Thema ein und bittet Hr. Grahn, die erfreulichen Angebotspreise zu präsentieren.

Technischer Bauamtsleiter (TBL) Grahn stellte das Vorhaben vor und erklärt dem Gremium, wieso erst die Auftragsvergabe für die Gewerke Heizung und Lüftung auf der Tagesordnung stehen und nicht der Rohbau. Der Personalwechsel der Statiker und deren unterschiedliche Ansätze haben einfach mehr Zeit in Anspruch genommen. Er versicherte dem Gremium jedoch, dass die Ausschreibung der Rohbauarbeiten übernächste Woche beginne und die Vergabe der Arbeiten dann hoffentlich noch in der Juli-Sitzung stattfinden könne. Dadurch könnten die Rohbauarbeiten noch vor der Sommerpause starten. TBL Grahn stellte die Submissionsergebnisse vor. Für das Gewerk Heizung wäre ein Angebot eingereicht worden. Die Kostenberechnung liege bei 74.000 €. Die Firma Daul Haustechnik aus Schwäbisch Gmünd reichte ein Angebot in Höhe von 54.579,08 € brutto bei der Gemeinde ein, so TBL Grahn. Dies bedeute eine Kosteneinsparung von knapp 20.000 €. Für das Gewerk Lüftung seien drei Angebote abgegeben worden. Die Verwaltung empfehle, den Auftrag an die Firma LEW Automotive GmbH aus Urbach zu vergeben. Die Angebotssumme sei hier bei 30.166,35 € brutto und sei somit um knapp 5.000 € unterhalb der Kostenschätzung von 35.000 €. TBL Grahn führt weiter aus, dass es jetzt noch spannend sei, wie hoch das Angebot für die Rohbauarbeiten tatsächlich sein werde, da die Holzpreise derzeit stark ansteigen würden.

BMin Eßwein bedankt sich für die Erläuterung der Gewerke und stellt fest, dass die Thematik des Rohbaus nicht ganz erfreulich sei.

GR Weiler möchte wissen, wieso diese zwei Gewerke so teuer wären und ob er sich das falsch vorstellen würde, dass man ja nur von der bestehenden Heizung Rohre in den Anbau verlegen müsse.

TBL Grahn erläutert, dass in dem Angebot auch die Sanitäreanlagen enthalten seien. Zudem würden 90% der Wärme über die Erdsonden direkt generiert. Für die restlichen 10 % brauche man eine zusätzliche Heizung. Er erklärt auch, dass Bauen an sich heutzutage immer teurer werde.

GR Weiler fragt an, wie hoch die einzelnen Positionen sein würden. TBL Grahn antwortet, dass dies derzeit aus dem Angebot nicht hervorginge. Er wird dies dem Gremium aber gern nachreichen.

GR Pfitzer stimmt GR Weiler zu. Ihn macht es dennoch etwas stutzig, wieso man die einzelnen Positionen nicht berechnen könne.

TBL Grahn teilt mit, dass er dies berechne und dem Gremium anschließend zur Kenntnis mitteilen werde.

GR Wieland möchte wissen, ob der Tausch der Reihenfolge der Gewerke ein Problem sei, da mit dem Rohbau erst später begonnen werde.

TBL Grahn erläutert, dass die Ausschreibung der Rohbauarbeiten in spätestens zwei Wochen geschehe, sodass in der Juni-Sitzung die Vergabe der Bauarbeiten stattfinden könne. Aufgrund des Personalwechsels würde nun eine Stahlbetonkonstruktion die Basis sein und Holzgewerke die Erweiterung abrunden.

GR Schurr erkundigt sich, ob die Zuschussfelder beantragt seien und man finanziell noch im Plan läge.

TBL Grahn erklärt, dass die Baumaßnahme bis Februar 2022 abgeschlossen sein müsse, um die Gelder zu generieren.

Kämmerer Lange führt weiter aus, dass zwei Anträge auf Förderung gestellt wurden. Ein Antrag sei ein Investitionsantrag, welcher in Höhe von 264.000 € beim Bund gestellt wurde und der zweite sei das Geld aus dem Ausgleichsstock. Beide Anträge befänden sich noch in der Prüfungsphase, mit einer Entscheidung sei bis zur Sommerpause zu rechnen.

GRin Gaiser möchte wissen, wie bei dem Bauvorhaben vorgegangen wird. Ob es Schließtage in der Kindertageseinrichtung gäbe oder ob Gruppen ausgelagert werden müssen.

TBL Grahn teilt mit, dass es aktuell keine Beeinträchtigungen gäbe. Des Weiteren sei es auch möglich, in den Räumlichkeiten ein Wahllokal für die Bundestagswahl bereitzustellen. TBL Grahn sei eng in Kontakt mit Hr. Spiegel und erklärt, dass es zum einen ein verbindliches Baufenster geben werde (ab 13 Uhr), jedoch in einer Zeitspanne von knapp zwei Wochen durchgängig gearbeitet werden müsse. Hier könne es auch zu Schließtagen kommen. Die Eltern seien aber über die Baumaßnahme und mögliche Schließtage informiert.

Beschluss: Der Gemeinderat vergibt die Arbeiten für das Gewerk „Heizung“ an die Firma Daul Haustechnik, Buchstraße 127, 73525 Schwäbisch Gmünd zu einem Angebotspreis in Höhe von 54.579,08 € brutto. Und für das Gewerk „Lüftung“ werden die Arbeiten an die Firma LEW Automotive GmbH, Steinbeisstraße 12/1, 73660 Urbach zu einem Angebotspreis in Höhe von 30.166,35 € brutto vergeben. Dieser Beschluss wird einstimmig gefasst.

§ 2

Bebauungsplan „Wasserfall-Ost“ - Aufstellungsbeschluss

BMin Eßwein führt in den Tagesordnungspunkt ein. Das Plangebiet solle an die bestehende Zufahrt zu Autohaus und Tankstelle angeschlossen werden. Grund für diesen Aufstellungsbeschluss sei der Bedarf zweier ortsansässiger Firmen.

Ordnungsamtsleiter Siedle (OAL) erklärt den Ablauf und die rechtlichen Gegebenheiten. Gemäß § 2 Abs. 1 BauGB würde das Verfahren durch diesen Aufstellungsbeschluss eingeleitet werden. Der aktuelle Flächennutzungsplan weise schon größtenteils Gewerbeflächen aus, teilweise handle es sich auch noch um landwirtschaftliche Flächen. Deshalb müsse im Zusammenhang mit dem Aufstellungsbeschluss auch der Flächennutzungsplan abgeändert werden. Im nächsten Schritt versuche die Gemeinde, die benötigten Flächen zu kaufen, erklärt OAL Siedle. Sollte dies nicht möglich sein, würde man das Umlegungsverfahren nach §§ 45 ff. BauGB einleiten. Voraussetzung hierfür sei der Aufstellungsbeschluss.

GR Fauser möchte wissen, ob es sich bei diesem Vorhaben um ein zweckgebundenes Verfahren handle.

OAL Siedle erklärt, dass es sich hierbei um keinen vorhabenbezogenen Bebauungsplan handle, sondern um einen „normalen“ Bebauungsplan.

GR Fauser möchte wissen, was passieren würde, wenn einer der beiden Interessenten abspringe.

BMin Eßwein antwortet, das Ziel der Planung sei ein Gewerbegebiet für zwei ortsansässige Unternehmen bereitzustellen, um deren Bedarf zu decken.

GR Fauser möchte wissen, ob man einen Vermerk schriftlich mitaufnehmen könne, dass diese zwei Firmen dort bauen möchten. BMin Eßwein erklärt, dass derzeit nur eine mündliche Abrede bestehe. Konkret werde es erst, wenn im zweiten Schritt der eigentliche Bebauungsplan aufgestellt werde.

OAL Siedle führt weiter aus, dass mit dem heutigen Aufstellungsbeschluss noch kein Anspruch bestehe. Die Rechtskräftigkeit entstehe erst mit der Beschlussfassung der Bebauungsplansatzung. Wenn das Projekt insgesamt nicht umgesetzt werde, müsse man auch keinen Satzungsbeschluss fassen.

GR Podhorny fragt nochmal nach, ob er es richtig verstanden habe, dass wenn die zwei Firmen nicht bauen möchten, dass dann der Bebauungsplan auch nicht zur Rechtskraft geführt werden müsse.

BMin Eßwein bestätigt dies.

GR Pfitzer habe gedacht, dass die zwei Bauvorhaben schon in trockenen Tüchern seien und fragt nach, ob dies nicht der Fall sei.

BMin Eßwein erklärt daraufhin den geplanten Ablauf; erst komme der Aufstellungsbeschluss, dann würde man die Flächen versuchen zu kaufen, eventuell komme es zu einem Umlegungsverfahren und erst dann können interessierte Firmen wieder Gewerbeflächen kaufen.

BMin Eßwein erläutert, dass die beiden Firmen bei der Gemeinde einen konkreten begründeten Bedarf geäußert hätten. Mit diesem Verfahren wolle man Flächen schaffen, um den Bedarf der ortsansässigen Firmen zu decken. Natürlich könne es während des laufenden Verfahrens dazu kommen, dass die Unternehmen doch keinen Bedarf mehr haben. Stand heute bestehe aber Bedarf, erklärt sie.

GR Wieland möchte wissen, ob Eigentümer beim gesetzlichen Umlegungsverfahren die Möglichkeit haben, Flächen einzuklagen.

BMin Eßwein teilt mit, dass es den Eigentümern an drei Stellen möglich sei, Widerspruch bei der Umlegungsstelle einzulegen.

OAL Siedle führt weiter aus, dass bei einem Umlegungsverfahren alle Flächen in einen Topf kommen und die öffentlichen Flächen für Straßen usw. abgezogen werden. Die Eigentümer würden dann Anspruch auf Zuteilung einer Fläche haben oder können ein Entgelt erhalten.

Beschluss:

Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften „Wasserstall-Ost“ gemäß § 2 Abs. 1 des BauGB wird gefasst und ortsüblich bekanntgemacht. Für den Geltungsbereich des Bebauungsplans „Wasserstall-Ost“ ist der Übersichtslageplan zum Aufstellungsbeschluss vom 19.05.2021 maßgebend. Dies wird vom Gremium einstimmig beschlossen.

§ 3

Neuabschluss des Kommunalvertrags über die Lieferung elektrischer Energie mit der EnBW Ostwürttemberg DonauRies AG

BMin Eßwein führt in das Thema ein und informiert über die wichtigsten Eckpunkte. Der Vertrag laufe bald aus und die Firma EnBW habe bereits einen neuen Vertrag mit neuen Konditionen vorgelegt.

Kämmerer Lange erklärt, dass der letzte Vertrag im September 2018 abgeschlossen wurde. Mit dem Neuabschluss des Stromlieferungsvertrags kämen neue Konditionen für die Jahre 2022 – 2025 auf die Gemeinde zu. Kämmerer Lange erläutert den aktuell bestehenden Vertrag. Die letzten Jahre hätte die Gemeinde als Großabnehmer einen Nettostrompreis von 10,17 ct./kWh inklusive 0,17 ct./kWh Aufschlag für Ökostrom bezahlt. Der Preis des neuen Vertrages setze sich ähnlich zusammen wie der bestehende, jedoch gibt es eine Änderung. Es wird weiterhin einen fixen Grundpreis geben. Die zweite Komponente sei das Netznutzungsentgelt, welches neu dazukomme und variieren könne, so Kämmerer Lange. Natürlich sei auch wieder ein Aufpreis für Ökostrom optional buchbar. So läge der Grundpreis bei 5,85836 ct./kWh Insgesamt würden die zwei Komponenten aktuell einen neuen Netto-Strompreis von 11,6079 ct./kWh ergeben. Zu diesem Netto-Strompreis kämen noch weitere staatliche, nicht zu beeinflussende Abgaben hinzu. Kämmerer Lange teilt mit, dass der neue Brutto-Strompreis bei 25,285 ct./kWh läge. Diese Anpassung führe zu einer Mehrbelastung von knapp 19.000 € pro Jahr, führt er weiter aus. Der Aufpreis für Ökostrom, welcher ausschließlich aus Wasserkraft bezogen werde, läge bei 0,189 ct./kWh, das führe zu einem Brutto-Strompreis von 25,474 ct./kWh. Kämmerer Lange teilt mit, dass wenn man den Ökostrom wählen würde, Mehrkosten in Höhe von 2.100 € pro Jahr gegenüber dem normalen Strom entstehen. Insgesamt sei diese Vertragsanpassung aber in der mittelfristigen Finanzplanung bereits berücksichtigt worden.

GRin März möchte wissen, ob man auch nur teilweise Ökostrom kaufen könne.

Kämmerer Lange antwortet, dass man entweder komplett Ökostrom beziehen müsse oder nur normalen Strom.

GR Pfitzer interessiert sich für das Netznutzungsentgelt. Wenn dieses variieren könne, möchte er gerne wissen, ob der Preis in der Aufstellung dann ein Durchschnittswert oder ein geschätzter Betrag sei.

Kämmerer Lange antwortet, dass es sich dabei um das derzeit geltende Netznutzungsentgelt handle. Dieses Netznutzungsentgelt könne in den nächsten Jahren aber leicht schwanken.

GR Pfitzer bringt zum Ausdruck, dass er dem Vertrag so zustimmen könne und auch bereit sei die 2.100 € mehr zu investieren.

GR Podhorny möchte gerne wissen, wie die Straßenbeleuchtung von Mutlangen derzeit ausgestattet sei.

TBL Grahn führt aus, dass sein Vorgänger bereits viel in die Straßenbeleuchtung investiert habe. Er erklärt, dass ein weiterer Vertrag mit der EnBW bestehe, wodurch die Straßenbeleuchtung alle vier Jahre komplett ausgetauscht werde. In der Gemeinde gäbe es derzeit 950 Beleuchtungskörper, welche teilweise herkömmlich, aber auch mittels LED-Lampen betrieben werden. Nach der Generalauswechslung, welche bald anstehe, könne er dem Gremium eine genaue Auflistung der Straßenbeleuchtung vorlegen.

BMin Eßwein ergänzt, dass dies im dritten Quartal auf die Tagesordnung eines technischen Ausschusses komme. Darüber hinaus empfiehlt sie dem Gremium, auf Ökostrom zu setzen.

GR Dauser weist darauf hin, dass nicht überall Öko drin sei, wo Öko daraufstehe. Er würde das Geld lieber in eine PV-Anlage investieren.

BMin Eßwein findet dies eine berechtigte Anmerkung.

GRin März möchte wissen, in welchem Zeitraum die PV-Anlage die 2.000 € wieder reinbringen würde.

BMin Eßwein erklärt, dass eine PV-Anlage nicht schnell mal gebaut werde. Hierfür seien zahlreiche Berechnungen zu tätigen.

GRin März fragt nach, ob man eine PV-Anlage beim Lämmle anbringen könne.

BMin Eßwein teilt mit, dass man keine PV-Anlage für 8.000 € im Lämmle installieren könne, dies sei mit höheren Kosten verbunden.

TBL Grahn führt weiter aus, dass es derzeit nicht mehr attraktiv sei, den eingespeisten Strom zu verkaufen. Aufgrund der Statik sei zudem eine PV-Anlage auf dem Lämmle-Dach nicht möglich. Derzeit finden zahlreiche Überlegungen statt, wo eine solche PV-Anlage sinnvoll genutzt werden könne.

GR Weiler ist der Meinung, dass man sich die 8.000 € Mehrpreis für den Ökostrom für die Gesamtlaufzeit sparen könne. Man wisse nicht zu 100%, wo der Strom herkomme.

BMin Eßwein weist darauf hin, dass dieser Strom ausschließlich aus Wasserkraft bezogen sei.

GR Dauser empfiehlt, dass man die 2.100 € Mehrkosten pro Jahr sparen solle und dieses Geld lieber in eine PV-Anlage investieren solle.

Beschluss: Die Verwaltung wird beauftragt, mit der EnBW ODR AG, Ellwangen, einen Stromlieferungsvertrag ab 2022 zu den dargestellten Konditionen abzuschließen und den Bezug von Ökostrom nicht wahrzunehmen. Dies wird bei fünf Gegenstimme und zwei Enthaltung beschlossen.

§ 4 Radverbindung Schwäbisch Gmünd – Mutlangen Sachstand / Kooperation mit der Stadt Schwäbisch Gmünd

BMin Eßwein führt ins Thema ein und übergibt das Wort an TBL Grahn.

TBL Grahn erklärt, dass grundsätzlich eine Verbesserung der Ausgangssituation der Radwegeverbindung Schwäbisch Gmünd – Mutlangen angestrebt werde. Zwischen den beiden Kommunen und dem Zuschussgeber seien einige Gespräche geführt und mögliche Varianten vorgeschlagen worden. Die zu Beginn der Planung anvisierte Lösung sei die Verbreiterung des Gehweges an der B298 gewesen. Diese Option wurde aber wieder zurückgestellt, aufgrund des hohen Unfallpotentials durch PKW und Schwerlastverkehr, führt TBL Grahn weiter aus. Die Stadt Schwäbisch Gmünd habe danach das Ingenieurbüro LK&P beauftragt, um eine sinnvolle Lösung zu erhalten. TBL Grahn erläutert, dass das Regierungspräsidium damals die Variante mit Trassenführung von der Becherlehenstraße bis zur Humboldtstraße präferierte. Aufgrund der steilen Straßenführung müsse hier aber eine Schleife eingebaut werden, um es für Radfahrer attraktiv zu gestalten. Diese Führung sei zwar für die Gemeinde Mutlangen sinnvoll, wäre jedoch für die Stadt Schwäbisch Gmünd keine Option, da so keine Realisierung des Radweges von Schwäbisch Gmünd nach Wetzgau / Rehnenhof möglich sei. So führt TBL Grahn weiter aus, dass man sich erneut mit den beteiligten Parteien Gedanken gemacht habe und hieraus eine neue Variante entstanden sei. Diese neue Trassenführung führe über die Gmünder Straße nach Mutlangen und Teilorte der Stadt Schwäbisch Gmünd. Er erklärt die möglichen Streckenführungen anhand einer Präsentation und teilt mit, dass man derzeit die Variante II.a favorisiere. TBL Grahn informiert das Gremium, dass durch diese Trassenführung die Gmünder Straße schmaler gemacht werden würde und man so eventuell den Verkehr verlangsamen könne. Für dieses Projekt gäbe es derzeit eine Fördermöglichkeit durch den Bund, teilt TBL Grahn mit. Die Gemeinde Mutlangen habe bereits die Zusage der Aufnahme in dieses Förderprogramm. Inhaltlich gäbe es zwei Fördertatbestände. Für Radwege außerhalb geschlossener Ortschaften bekäme man 90 Prozent Bundesfördermittel. Für Maßnahmen innerhalb geschlossener Ortschaften gäbe es 50 Prozent Landesförderung. Da der Großteil der Flächen innerhalb der Ortschaft liege, würde Mutlangen derzeit nur 50 Prozent Landesförderung bekommen und es kämen ca. 110.000 € Gesamtkosten auf die Gemeinde zu. TBL Grahn erläutert weiter, dass es aber einen Trick gebe. Wenn die Stadt Schwäbisch Gmünd eine Baulast für den Bau des Radweges übernehme, würde die Förderquote auf 90 Prozent steigen. So müsse eine Kooperation zwischen den zwei Kommunen vereinbart werden. Die Stadt Schwäbisch Gmünd würde die Planung in Auftrag geben, die Maßnahmen begleiten und die Rechnungen bezahlen. So würde die Stadt Schwäbisch Gmünd als „Generalauftraggeber“ fungieren. TBL Grahn weist aber darauf hin, dass man sehr eng mit der Stadt zusammenarbeite, um das bestmögliche Ergebnis zu erzielen. So teilt TBL Grahn dem Gremium mit, dass man so die Gesamtkosten von 110.000 € auf 22.000 € reduziere. Er erklärt das weitere Vorgehen und teilt mit, dass die Stadt Schwäbisch Gmünd derzeit noch die interne Machbarkeit prüfe.

BMin Eßwein bedankt sich bei TBL Grahn für die detaillierte Darstellung des Sachverhalts und sei froh, dass die Planungen weiter vorangetrieben werden. Sie möchte nochmals darauf hinweisen, dass die Stadt Schwäbisch Gmünd keine Baulast im eigentlichen Sinne trage, sondern lediglich als Generalunternehmer fungiere. Sie würde diese Variante so begrüßen und freut sich, dass ein gewisser Zeitdruck bestehe.

GR Pfitzer möchte wissen, ob die 110.000 € nur für die 185m seien oder für alles.

BMin Eßwein teilt mit, dass die 185m 110.000€ kosten würden.

GR Pfitzer fragt an, wieso die Gmünder Straße nun verkleinert werden solle. Man habe die Verkleinerung schon einmal thematisiert und damals habe man es abgelehnt, da auf der Gmünder Straße ein hohes Verkehrsaufkommen sei. Er weist an dieser Stelle darauf hin, dass es nicht nur Radfahrer gibt, sondern auch Personen, welche mobil eingeschränkt seien und dass man doch den ÖPNV weiter ausbauen solle.

BMin Eßwein erklärt, dass im besten Fall für die Gemeinde nur 22.000 € Gesamtkosten entstehen würden. Sie informiert, dass die Kommunen nicht für den ÖPNV zuständig seien. Sie halte die Planungen der Verkleinerung in der Gmünder Straße für richtig, da so der Verkehr verlangsamt werden würde und zudem das Ortschild weiter nach unten versetzt werden würde.

GR Podhorny möchte wissen, ob er es richtig verstanden habe, dass die Variante II.a die bevorzugte Variante sei. Zudem sei er interessiert, wie die Radfahrer die Straße queren sollen.

BMin Eßwein bestätigt dies und erklärt, dass im Vor-Ort-Termin über die Möglichkeit eines Straßenteilers gesprochen wurde.

GRin Gaiser befürwortet dieses Vorhaben und auch die Kooperation mit der Stadt Schwäbisch Gmünd. Sie gibt als Anregung mit, dass man die Fußgänger nicht vergessen solle.

BMin Eßwein bedankt sich für den Hinweis und erklärt, dass man hier durch eine Visualisierung eine klare Kennzeichnung schaffen möchte.

GR Mayer findet diese Variante eine gute Anbindung zur Klinik, möchte aber darauf hinweisen, dass er es für bedenklich halte, den Weg so nah an der Klinik zu bauen. Zudem möchte er gerne wissen, ob das Vorhaben mit der Klinik abgestimmt wäre. Er äußerte auch den Wunsch einer gemeinsamen Begehung von Klinik und Gemeinderat.

BMin Eßwein erklärt, dass es einen Termin zwischen TBL Grahn und dem technischen Klinikleiter bereits gegeben habe. Zudem könne man gern in naher Zukunft einen gemeinsamen Vor-Ort-Termin realisieren.

TBL Grahn führt weiter aus, dass man die Fahrbahnen im Bereich der Klinik strikt voneinander trennen müsse, z.B. durch eine bauliche Anlage (Zaun/Hecke). Vor allem der Abschnitt Richtung Parkhaus sei derzeit wegen des aktuell geplanten Betriebskindergartens noch offen. So seien

auch noch Änderungen der Trassenführung möglich, hält TBL Grahn fest. An dieser Stelle geht TBL Grahn auch nochmals auf die Fahrbahnverengung Gmünder Straße ein. Er teilt mit, dass man durch diese Maßnahme keine Einschränkungen erwarten könne. Zudem seien die Straßen in Pfersbach auch nur 6 m breit.

GRin Mayer möchte wissen, wie breit der Straßenteiler sei und ob man dort mit einem Fahrradanhänger und weiteren Fahrradfahrern Platz habe. TBL Grahn erklärt, dass man derzeit die verschiedenen Möglichkeiten der Straßenüberquerung prüfe. Wenn der Straßenteiler aber so breit gebaut werden würde, müsse man eventuell die Straße verbreitern und dies sei sehr teuer.

GRin März freut sich, dass nun endlich das Radwegenetz in Angriff genommen wird. Sie erhofft sich, dass nicht nur die Kooperation mit Schwäbisch Gmünd bestehen werde, sondern dass auch das eigene Radwegenetz weiter ausgebaut werde. Sie ist sich sicher, dass alle Personengruppen bei der Planung berücksichtigt werden.

BMin Eßwein bedankt sich hierfür.

GR Vogel fragt nach, ob dann die Anbindung Humboldtstraße zurückgebaut werde und möchte zudem wissen, wer für die künftige Unterhaltung zuständig sei.

BMin Eßwein teilt mit, dass der Fußweg bestehen bleibe.

TBL Grahn führt weiter aus, dass zwar die Stadt Schwäbisch Gmünd die Straßenbaulast innehaben würde, jedoch die Unterhaltung an Mutlangen abtreten würde.

GR Dauser hält dies für eine gute Idee, findet es aber schade, dass das Gremium ein Jahr lang nicht informiert worden sei. Es fehlen ihm derzeit noch viele Informationen, die sehr wichtig seien. Er möchte genau wissen, wer was plane, denn derzeit höre es sich für ihn so an, als ob Schwäbisch Gmünd alles selbst entscheiden würde.

BMin Eßwein erklärt, dass eine Kooperation ein gemeinsames Projekt sei und dementsprechend die Stadt gemeinsam mit der Gemeinde weiterhin sehr eng zusammenarbeiten werde. Es handle sich bei diesem Tagesordnungspunkt auch nur um die Vorplanung.

TBL Grahn führt weiter aus, dass man diese Kooperation gerne eingehen würde, da so die Kosten für die Gemeinde deutlich sinken würden. Man habe nun ein Jahr gebraucht, um diese Varianten mit dem Zuschussgeber auszuarbeiten, um sie nun dem Gremium vorzustellen.

BMin Eßwein führt weiter aus, dass zwar die Stadt das Vorhaben beauftrage, jedoch das Planen bzw. Gestalten gemeinsam in enger Absprache statfinde.

GR Podhorny spricht nochmals die Straßenquerung an und empfindet diese als kritisch.

BMin Eßwein erklärt, dass nach aktuellem Stand die Straßenquerung noch außerhalb von Mutlangen sei, jedoch dadurch das Ortsschild weiter nach unten verlegt werde und somit die Überquerung innerorts sei.

GR Weiler ist sich nicht ganz sicher, was die Variante II.a für die Gemeinde Mutlangen bringe, außer dass man Geld spare. Er fragt sich, wer zuerst den Berg herunterfahre und nachher wieder hoch.

BMin Eßwein teilt mit, dass Mutlangen von diesem Vorhaben auch profitiere. Vor allem für den geplanten Fahrradring um Mutlangen herum. Durch die Kooperation mit Schwäbisch Gmünd könne man die volle 90 Prozent Förderung nutzen und habe so eine Win-Win-Situation.

GRin März erhofft sich von diesem und den weiteren geplanten Fahrradwegen, dass viele vom Auto auf das Fahrrad umsteigen.

BMin Eßwein weist nochmals darauf hin, dass es heute nur um eine Information des Gremiums gehe. Die heiße Phase der Planung gehe erst los und selbstverständlich werde das Gremium und vor allem der TA miteinbezogen, wenn es darum geht, Detailfragen wie Belag oder Breite der Straße zu klären.

GR Pfitzer bestätigt die Aussagen von GR Dauser und GR Weiler, denn es bringe für Mutlangen nichts. Er bittet darum, dass in Zukunft das Gremium miteinbezogen werde.

BMin Eßwein findet es schade, dass dieses Projekt so schlecht geredet werde. Und teilt dem Gremium mit, dass derzeit noch nichts in Stein gemeißelt sei, sondern lediglich der Startschuss gefallen sei.

GRin Gaiser befürwortet das Projekt und fände es auch gut, wenn mit anderen Nachbarkommunen eine Kooperation geschlossen werde.

BMin Eßwein informiert das Gremium, dass das Regierungspräsidium gerade ein solches Projekt zwischen Mutlangen und Durlangen plane. Genauere Informationen gebe sie unter Bekanntgaben und Verschiedenes bekannt.

GR Dauser kann der vorgelegten Drucksache so nicht zustimmen, da in dieser stehe, dass Schwäbisch Gmünd alles selbst entscheiden würde.

BMin Eßwein erklärt dem Gremium, dass die Kooperation zwischen Mutlangen und Schwäbisch Gmünd so aussehen solle, dass die Stadt zwar die Planung beauftrage, jedoch gemeinsam an der Planung gearbeitet werde.

Beschluss: Das Gremium nimmt den Sachstand zur Kenntnis. Die Gemeinde Mutlangen geht mit der Stadt Schwäbisch Gmünd eine Kooperation für die Realisierung des Radweges an der Gmünder Straße ein und die Planungen werden von beiden Parteien gemeinschaftlich vorangetrieben. Dieser Beschluss wird mit zwei Gegenstimmen gefasst.

§ 5 Kanalinnensanierung im Gemeindegebiet 2021 – Auftragsvergabe

BMin Eßwein führt ins Thema ein und übergibt das Wort an TBL Grahn.

TBL Grahn teilt mit, dass folgenden Straßen im Sanierungsgebiet liegen und dementsprechend von der Sanierung betroffen seien: Amselweg, Fasanenweg, Flemingstraße, Finkenweg, Kranichweg, Ringstraße, Schwalbenstraße, Sauerbruchstraße und Röntgenstraße. Es wurden vier Angebote abgegeben. Das günstigste Angebot reichte die Firma AKS aus Neu-Ulm mit einem Angebotspreis von 134.248,39 € brutto ein. Er erläutert, dass die Verwaltung die Vergabe der Leistungen an die Firma AKS empfehle.

BMin Eßwein weist das Gremium darauf hin, dass dies so vom Haushaltsplan gedeckt sei und die geschlossene Bauweise angewendet werde.

Beschluss: Die Leistungen werden an die günstigste Bieterin, der Firma AKS Umwelttechnik, Dieselstraße 11, 89231 Neu-Ulm zu einem Angebotspreis in Höhe von 134.248,39 € brutto vergeben. Dieser Beschluss wird einstimmig gefasst.

§ 6 Bekanntgaben und Verschiedenes

a. Pergola am Lamplatz

BMin Eßwein teilt mit, dass am Freitag endlich die Bauarbeiten starten.

b. Waldnaturkindergarten

BMin Eßwein informiert das Gremium, dass der Bereich nun abgesteckt sei und man derzeit noch im Zeitplan liege. Darüber hinaus sei ein Widerspruch gegen das Bauvorhaben beim Landratsamt eingegangen.

c. Verkehrsschau

BMin Eßwein berichtet, dass eigentlich heute die Verkehrsschau stattgefunden hätte, jedoch von Seitens des Landratsamtes der Vor-Ort-Termin abgesagt wurde. Sie teilt dem Gremium auch mit, dass sie Kontakt mit dem zuständigen Dezernenten hatte und schnellstmöglich ein neuer Termin vereinbart werde.

d. Feldkreuz Wildpflanzenpark

BMin Eßwein informiert das Gremium, dass im Wildpflanzenpark ein Kreuz aufgestellt werde, sodass dort Freiluft -Gottesdienste stattfinden können.

e. Radverbindung Amandusmühle

BMin Eßwein berichtet, dass das Regierungspräsidium einen Lückenschluss der Strecke Mutlangen Durlangen herstellen möchte. Für dieses Vorhaben gäbe es eine fast 100 %ige Förderung durch das Land.

f. Beete am Forum

BMin Eßwein informiert über die Beete am Forum. Der Schotter sei nun entfernt worden und die Gärtnerin des Bauhofteams überlege sich derzeit, wie sie dies gestalten könne.

g. Fahrradleasing

BMin Eßwein führt ins Thema ein und übergibt das Wort an Praktikantin Kruger (Prakt.).

Prakt. Kruger stellt dem Gremium die Möglichkeit des Fahrradleasings für Mitarbeiter vor. Sie erklärt, dass es seit 01.03.2021 eine Rechtsgrundlage, den TV-Fahrradleasing, gebe. Dieser ermöglicht, dass Mitarbeiter über die Gemeinde ein Fahrrad leasen könnten, mittels Entgeltumwandlung. Durch die Entgeltumwandlung würden sich sowohl für Mitarbeiter als auch Arbeitgeber steuerliche Vorteile ergeben. Jedoch würden sich auch die sozialversicherungspflichtigen Anteile der Mitarbeiter verringern. So zahle er z.B. weniger in seine Rente ein, erläutert sie. Sie teilt dem Gremium die Rahmenbedingungen und das weitere Vorgehen mit.

BMin Eßwein führt weiter aus, dass die Gemeinde natürlich ein attraktiver Arbeitgeber sein möchte. Für die Kommune würden durch dieses Angebot keine Kosten entstehen.

GRin März kennt dies von großen Firmen wie beispielsweise Zeiss.

GR Dauser möchte wissen, ob die Mitarbeiter immer den steuerlichen Vorteil erhalten oder ob sie hierfür eine bestimmte Anzahl an Kilometern fahren müssen.

BMin Eßwein findet dies einen guten Hinweis und erhofft sich durch die Einführung des Fahrradleasings eine Entspannung der Parkplatzsituation.

GR Schuler weist darauf hin, dass diese Entgeltumwandlung auch Nachteile habe.

BMin Eßwein antwortet, dass dies auch klar an die Mitarbeiter kommuniziert werde. Sie teilt mit, dass die Gemeinde den Höchstwert bereits auf 5.000 € herabgesetzt habe und jeder Mitarbeiter auch seine persönliche Ersparnis durch den Vorteilsrechner auf der Homepage von Jobrad ausrechnen könne.

GR Podhorny hat selbst von diesem Angebot Gebrauch gemacht und hoffe, dass viele Mitarbeiter das Fahrradleasing nutzen werden.

GR Pfitzer findet dies eine gute Sache, möchte aber wissen, ob die Gemeinde dann verpflichtet sei Duschen usw. zur Verfügung zu stellen.

BMin Eßwein antwortet, dass es genügend Möglichkeiten vor Ort gäbe, wo Mitarbeiter Duschen könnten. Darüber hinaus sei das Duschen keine Arbeitszeit.

Prakt. Kruger berichtet von den Tarifverhandlungen 2020 und erklärt, dass dies keine Pflicht sei. Als Arbeitgeber wolle man aber

selbstverständlich allen Mitarbeitern die Möglichkeit geben, wenn dies gewünscht werde.

GRin März findet es eine gute Sache, da Mitarbeiter etwas für ihre Gesundheit tun können und hoffe, dass viele Mitarbeiter von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.

h. luca-App

BMin Eßwein informiert das Gremium, dass die Gemeinde ab sofort die luca-App nutze. Nachdem die App erfolgreich im Landratsamt eingesetzt werde, möchte die Gemeinde nun auch einen Pilotversuch starten. Sie übergibt das Wort an Praktikantin Kruger.

Prakt. Kruger erklärt das Vorgehen und das Ziel der luca-App. Sie führt aus, dass mit Hilfe dieser App eine einfache und effiziente Kontaktdatennachverfolgung möglich sei und dass das Gesundheitsamt des Ostalbkreises im Notfall auf die Daten zugreifen könne. Für das Einchecken muss man sich die kostenlose App auf das Smartphone herunterladen. Insgesamt gäbe es derzeit acht Locations in Mutlangen, wo Bürgerinnen und Bürger die App nutzen könnten; vier im Rathaus, drei im MutlangerForum und eine in der Heidehalle, teilt Prakt. Kruger dem Gremium mit.

GR Mayer findet es grundsätzlich eine gute Sache möchte aber nochmals darauf hinweisen, dass die Corona-Warn-App des Bundes auch weiterhin genutzt werden solle, da hier der Datenaustausch mit dem Gesundheitsamt möglich sei.

BMin Eßwein teilt mit, dass auch bei der luca-App der Datenaustausch mit dem LRA Ostalbkreis möglich sei. Sie erklärt weiter, dass es sich hierbei um eine sinnvolle Ergänzung handle und in Zukunft Restaurants, Friseure, ... von der App Gebrauch machen könnten.

GR Hinderberger möchte wissen, ob man sich trotzdem auch schriftliche registrieren könne.

BMin Eßwein teilt mit, dass dies weiterhin möglich sei. Das Benutzen der App sei keine Pflicht, sondern lediglich ein freiwilliges Angebot.

GRin Windschüttl hält fest, dass auch Vereine von dieser App Gebrauch machen könnten.

BMin Eßwein bestätigt dies. Deshalb wurden auch QR-Codes für die Heidehalle und das MutlangerForum erstellt, erklärt sie.

§ 7

Anfragen der Mitglieder des Gemeinderates

- a. GR Mayer** möchte sich an dieser Stelle bei den Mitarbeitern des KODs bedanken. Der KOD sei aus gutem Grunde in Mutlangen eingeführt worden und gerade jetzt in der dritten Corona-Welle habe der KOD viel geleistet und deshalb findet er es nicht in Ordnung was gerade passiere. BMin Eßwein bedankt sich bei Herrn Mayer für diese Unterstützung und informiert das Gremium, dass der KOD in der Juni-Sitzung oder Juli- Sitzung einen Tätigkeitsbericht vorlegen werde.

BMin Eßwein bedankt sich bei Herrn Mayer für diese Unterstützung und informiert das Gremium, dass der KOD in der Juni-Sitzung oder Juli- Sitzung einen Tätigkeitsbericht vorlegen werde.

- b. GR Podhorny** möchte zum einen Wissen, wie der aktuelle Stand der Baumaßnahme Kläranlage sei und ob die Platten am Spielplatz Albstraße entfernt wurden.

BMin Eßwein teilt mit, dass die Kläranlage Tagesordnungspunkt auf der nächsten TA-Sitzung sei und auch die Platten beim Spielplatz entfernt seien.

TBL Grahn informiert das Gremium, dass das alte Belebungsbecken außer Betrieb sei. Der Aushub sei nach Lauchheim transportiert worden und bis Ende August seien die baulichen Tätigkeiten abgeschlossen

- c. GR Dauser** möchte gerne wissen, wer die Schilder der Firma OSPA in der Silcherstraße und Feldstraße genehmigt und aufgehängt habe.

OAL Siedle teilt mit, dass die Schilder von der Firma OSPA bezahlt und angefertigt wurden und von der Gemeinde genehmigt worden seien. Aufgrund mehrerer Beschädigungen in der Silcherstraße sei die Firma auf die Gemeinde zugekommen, um nach einer alternativen Route für ortsfremde Lieferanten zu schauen.

GR Dauser fragt sich, wieso die Streckenführung durch die komplette Gemeinde führe. Man könnte doch auch den kürzesten Weg wählen. Jetzt würde noch mehr Verkehr über die Feldstraße geleitet.

BMin Eßwein nimmt dies zur Kenntnis. Man könne dies auch gern nochmals im Wege des Verkehrskonzeptes prüfen lassen. Sie erklärt, dass man der Firma auch eine schnelle und einfache Lösung bieten müsse.

GRin Gaiser stimmt GR Dauser zu und versucht sich vorzustellen, wie ein LKW von der Feldstraße in die Goethestraße einbiegen solle. Dasselbe gilt aber auch für die Silcherstraße.

- d. GR Fauser** möchte gerne wissen, wer das Wasserfass in der Heide befülle, ob der Auftrag Grünpflege Mulchen schon vergeben wurde und zuletzt möchte er wissen, ob es stimme, dass die

Bauhofmitarbeiter die Schotterfelder von Hand leeren mussten und ob die Mitarbeiter keine Hilfsmittel zur Verfügung gestellt bekämen.

BMin Eßwein antwortet, dass das Wasserfass zur Bewässerung des Wildpflanzenparks eingesetzt würde. Sie informiere sich aber nochmals darüber, wer dieses befülle. Der Auftrag „Mulchen“ wurde noch nicht vergeben, dies stehe aber jetzt an. Zur letzten Anfrage von GR Fauser erklärt sie, dass der Bauhof sehr schnell gewesen sei und sie nicht wusste, dass er dies von Hand gemacht habe. Die Mitarbeiter würden die Hilfsmittel bekommen, welche sie benötigen.

- e. GRin Mayer** hat mehrere Anfragen: 1. Sie habe keine TA-Unterlagen erhalten und möchte gerne wissen an was das läge. 2. Ob es möglich sei, dass in Zukunft jeder die Skizzen und Pläne zur Verfügung gestellt bekäme. 3. Bestehe die Möglichkeit, dass die Gemeinderäte an einer Verkehrsschau teilnehmen könnten. Zudem möchte sie weiter wissen, was für eine Baumaßnahme gerade an der Heidehalle laufe. Und Ihre letzte Anfrage beziehe sich auf den Radweg bei der Kuppe beim Kleintierzuchtverein, ob man diesen nicht entschärfen könne, da dort die Autos sehr schnell fahren würden.

BMin Eßwein erklärt, dass die Unterlagen der morgigen TA-Sitzung nur an die Mitglieder des TA´s versendet wurden. Dies geschah aus Versehen und in Zukunft würden wieder alle Unterlagen an alle Gemeinderäte versendet werden. Sie führt weiter aus, dass bei einer Verkehrsschau die Verwaltung, das Landratsamt, die Straßenmeisterei und die Polizei vertreten seien. Man werde nachfragen, ob die Gemeinderäte an einer Verkehrsschau teilnehmen könnten.

TBL Grahn erläutert, dass es bei der Heidehalle eine sogenannte Schnappe gebe. An dieser Stelle sei der Untergrund gerissen und dies würde nun neu aufgefüllt werden.

OAL Siedle beantwortet die Anfrage bezüglich des Radweges. Dieser Radweg sei kein neues Thema. An dieser Stelle seien auch schon Verkehrsschauen durchgeführt worden und daraufhin habe es auch schon Veränderungen gegeben. Die Höchstgeschwindigkeit sei reduziert worden, eine Pfostenummantelung, welche reflektiere, sei angebracht worden und an der höchsten Stelle sei ein Bypass erstellt worden.

GRin Mayer weist darauf hin, dass die Lösung mit der Kuppe nicht optimal sei. Der Weg sei zu schmal und man müsse sehr lange warten bis aus beiden Richtungen kein Auto komme.

- f. GR Pfitzer** stellt fest, dass die Anfrage, ob Gemeinderäte bei einer Verkehrsschau dabei sein könnten, schon mal in einer Sitzung gestellt wurde. Er würde es befürworten, dass ein Fraktionsvertreter bei der nächsten Verkehrsschau dabei sein könne.

BMin Eßwein nimmt dies zur Kenntnis und sichert zu, mit den zuständigen Stellen dies abzuklären.

g. GR Podhorny teilt mit, dass der Zebrastreifen am Kindergarten Don Bosco leider die gewünschte Wirkung nicht bringe. Autos würden weiterhin einfach drüber rauschen und würden den Zebrastreifen nicht ernst nehmen. Er möchte gerne wissen, was man hier noch machen könne.

BMin Eßwein erläutert, dass genau solche Themen im Rahmen einer Verkehrsschau thematisiert werden. Sie bringt zum Ausdruck, dass die Gemeinde die Elterninitiative, welche zum Beispiel Holzfiguren aufstelle, gerne unterstütze.

h. GR Weiler teilt mit, dass am Alten Krone-Parkplatz ein Randstein rausgebrochen sei.

BMin Eßwein nimmt dies zur Kenntnis und sichert zu, dies schnellstmöglich beseitigen zu lassen.

i. GR Schurr möchte gerne wissen, wie der aktuelle Sachstand Ortsdurchfahrt Pfersbach 40 km/h sei.

OAL Siedle erklärt, dass dies leider nicht so einfach sei, wie gedacht. Man habe erste Zahlen vorgelegt, diese seien aber nicht ausreichend und zudem seien noch andere Abfragen und Unterlagen einzureichen.

BMin Eßwein schließt die öffentliche Sitzung um 20:44 Uhr.